



Post aus Berlin Juni 2019

## >>>HERZOGTUM LAUENBURG / STORMARN SÜD

*Liebe Freunde,*

dass das Ergebnis der Europawahl nicht ohne Folgen bleiben würde, lag auf der Hand. Und dennoch kam der Rückzug Andrea Nahles von Partei- und Fraktionsvorsitz, insbesondere wohl für ihre eigenen Genossen, überraschend. Eine Troika aus Dreyer, Schwesig und Schäfer-Gümbel als Interimslösung wurde gefunden, alles andere als eine günstige Voraussetzung für eine stabile Große Koalition. Dabei stehen außenpolitisch wegweisende Entscheidungen an: In der Europäischen Union entscheidet sich dieser Tage das gesamte Personaltableau, der EU-Finanzrahmen muss festgelegt werden und der Brexit steht Ende Oktober auch wieder zur Entscheidung an.

Innenpolitisch geht es kaum ruhiger zu: Der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat uns tief erschüttert; ein engagiertes Mitglied der hessischen CDU wird auf seiner heimischen Terrasse kaltblütig von einem Täter aus dem rechtsextremen Milieu umgebracht. Die Reaktionen – gerade in den sozialen Medien - auf den Tod von Lübcke haben noch einmal sehr deutlich aufgezeigt: Angriffe von Rechtsextremen auf unser Gemeinwesen sind mit aller Härte des Rechtsstaates zu bekämpfen.

Und doch gilt es mit aller Besonnenheit eine Trennlinie zwischen rechts und rechtsextremistisch zu ziehen. Bei

aller Betroffenheit dürfen wir uns nicht dazu hinreißen lassen, Grenzen zu verwischen. Wer rechts ist, ist nicht gleich rechtsextremistisch. Eine Gefahr für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung stellen extremistische Angriffe dar, egal ob von rechts oder links. Die links-extremistisch motivierten Ausschreitungen anlässlich des G 20-Gipfels in Hamburg vor zwei Jahren dürften noch in Erinnerung geblieben sein.

Der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck hat vor einigen Wochen mit seinem Zitat: „Mehr Toleranz in Richtung rechts.“ reichlich Kritik geerntet. Abgesehen davon, dass das Zitat unglücklich im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang zur Festnahme in der Mordsache Lübcke fiel, lohnt es sich doch zu hinterfragen, was Gauck genau gemeint hat. Im Kern gehe es darum, den politischen Dialog mit links und rechts zu führen, denn beide seien Ausdruck der Demokratie. Dem stimme ich zu; wir müssen gerade unseren sehr konservativen Wählern aufzeigen, dass wir ihre Anliegen ernst nehmen und nicht das Gefühl geben, nach Alternativen suchen zu müssen.

Die nächste Bewährungsprobe lässt nicht lange auf sich warten. In gleich drei Bundesländern werden neue Landtage gewählt: Am 01. September in Sachsen und Brandenburg sowie am 27. Oktober Thüringen.



## >>>HERZOGTUM LAUENBURG / STORMARN SÜD

### Unterwegs als Maritimer Koordinator

**Besuch des indonesischen Botschafters S.E. Arif Havas Oegroseno im Bundeswirtschaftsministerium.** Gemeinsam mit Vertretern von Unternehmen aus der maritimen Wirtschaft Deutschlands und der Delegation der indonesischen Botschaft haben wir ausgelotet, ob es gemeinsame Forschungs-, Umweltschutz- und Infrastrukturprojekte geben kann.



Bildquelle BMWi

Ein besonderes Interesse der Indonesier galt dabei den deutschen Erfahrungen im Bereich Küstenschutz. Mit ernstem Hintergrund: Infolge des Klimawandels und des damit verbundenen Anstieges des Meeresspiegels befürchten die Indonesier, dass der größte Teil ihrer 17.508 Inseln im Meer versinken wird. Geplant ist deshalb die

Verlegung der Hauptstadt Djarkata auf eine andere Insel im höherliegenden Gebiet.

### Aktuelles aus dem Parlament

Anfang Juni haben wir ein umfangreiches **Paket von Migrationsgesetzen** verabschiedet; am vergangenen Freitag hat auch der Bundesrat zugestimmt. Die Eckpfeiler dieses Paketes bilden das **Fachkräftezuwanderungsgesetz** und das **Geordnete-Rückkehr-Gesetz**. Beide Gesetze sind Teil einer steuernden Migrationspolitik, die darauf abzielt, den Zuzug qualifizierter Fachkräfte zu erleichtern und illegale Migration zu begrenzen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte dem Gesetzgeber aufgegeben, bis zum 31. Dezember 2019 eine Neuregelung des bisherigen Systems der **Grundsteuererhebung** auf den Weg zu bringen. Diesem Auftrag kommen wir mit insgesamt drei Gesetzen nach, die wir kurz vor der Sommerpause in erster Lesung beraten haben. 2025 soll die Grundsteuer erstmals fällig werden. Bis dahin gelten noch die alten Sätze.

14 Milliarden Euro betragen die jährlichen Einnahmen derzeit. Die Grundsteuer ist nach der Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Es bleibt dabei, auch in Zukunft: Jede Kommune legt ihren eigenen Hebesatz fest.

Über eine Änderung des Grundgesetzes erhalten die Länder die Möglichkeit, eigene Gesetze zur Grundsteuer zu beschließen. Ein starkes Bekenntnis zu Föderalismus





## >>>HERZOGTUM LAUENBURG / STORMARN SÜD

und kommunale Selbstverwaltung einerseits und eine Antwort auf regionale Unterschiede zwischen Ballungszentren und ländlichen Räumen, Stadtstaaten und Flächenländern andererseits.

In der vergangenen Woche hat der Bundestag in erster Lesung Gesetzesentwürfe beraten, zu der Frage, wie die Zahl der verfügbaren Organe gesteigert werden kann. Aktuell werden zwei Gruppenanträge diskutiert, die jeweils von Anhängern verschiedener Fraktionen favorisiert werden.

Eine höchst emotionale Debatte mit Anträgen, die kaum unterschiedlicher sein könnten: Die von der Gruppe um Jens Spahn (CDU) beworbene sog. Widerspruchslösung enthält im Grundsatz die unterstellte Zustimmung zur **Organspende** eines jeden volljährigen Bundesbürgers. Wer nicht Organspender werden möchte, muss also ausdrücklich seinen Widerspruch erklären. Anders sieht es die Lösung der Gruppe um Annalena Baerbock (B90/Die Grünen) vor: Demnach müsse der Organspende ausdrücklich zugestimmt werden.

Geprägt durch meine eigenen Erfahrungen als ehrenamtlicher Rettungsassistent habe ich bereits seit vielen Jahren einen Organspenderausweis und bin davon überzeugt, dass allein durch die sog. Widerspruchslösung die Zahl der verfügbaren Organe gesteigert werden kann. Jeder Bundesbürger wird sich zumindest einmal in seinem Leben mit der Frage Organspende befassen; das halte ich für wichtig, unabhängig davon, wofür er sich entscheidet.

### Aus dem Wahlkreis

#### Besuch des Familienunternehmens PAV Card GmbH und Paul Albrechts Verlag GmbH in Lütjensee.

Seit über 90 Jahren ist das Unternehmen in meinem Wahlkreis renommierter Anbieter von Druckerzeugnissen (insbesondere Arztformulare), Plastikkarten, RFID-Lösungen und IT-Services.



Bildquelle: PAV

Ein breites Spektrum, aber die Firma steht vor großen Herausforderungen. Die Einführung des elektronischen Rezeptes zum 01. Juli 2020 wird das bewährte Geschäftsmodell – den bekannten Rezeptblock – überflüssig machen. PAV hat sich auf den Weg gemacht, den digitalen Wandel aktiv zu gestalten, sie haben ein Konzept entwickelt, das es zukünftig ermöglicht, aufwendige Papierformulare durch eine einfach bedienbare elektronische



## >>>HERZOGTUM LAUENBURG / STORMARN SÜD

Anwendung zu ersetzen. Vor Ort habe ich mir einen Eindruck von diesem kreativen mittelständischen Unternehmen verschaffen können und habe gern die Türen zum Sozialministerium geöffnet und den Kontakt zu Tobias Koch (CDU-Fraktion) und Christopher Vogt (FDP-Fraktion) hergestellt.

### Praktikum im Deutschen Bundestag

Nach dem Abi erstmal ausspannen? Das gilt nicht für Theresa Freier aus Potsdam.



Bildquelle: Büro Brackmann

Theresa nutzte die letzte Sitzungswoche, um einen Einblick in das politische Berlin zu bekommen. Ob die Regierungsbefragung der Kanzlerin, Plenarsitzungen, Termine im Wirtschaftsministerium, der Besuch einer Schülergruppe aus dem Wahlkreis oder der Alltag im Abgeordnetenbüro. Auch der Terminkalender unserer Praktikanten ist randvoll. In wenigen Tagen geht's für Theresa nach Indien; die Tätigkeit in einem Internat für eine deutsche Hilfsorganisation beginnt.

Ein Jahr in Indien - Ich wünsche alles Gute, Theresa!

*Ein Praktikum im Deutschen Bundestag bietet vielfältige Einblicke in den Politikalltag. Bei Interesse erhalten Sie Auskunft in meinem Abgeordnetenbüro unter: 030/227-71796.*

In Berlin beginnt jetzt die parlamentarische Sommerpause; mein Terminkalender als Maritimer Koordinator ist allerdings weiterhin gut gefüllt. Wann immer sich die Gelegenheit bietet, nutze ich Lücken gern, um Termine im Wahlkreis wahrzunehmen. Schon in den nächsten Tagen geht's los: Besuch der Jüngsten in **TILLHAUSEN** beim Stadtspiel in Mölln und beim Pendant in Stormarn, **STORMINI**, dem Stadtspiel in Barsbüttel. Ich freue mich darauf!

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin  
Ihr

Norbert Brackmann